

Die Protestantische Landeskirche der Pfalz und ihr Verhältnis zum Judentum zwischen 1933 und 1945

Roland Paul

Werkstattbericht auf der Tagung am 22. Juni 2012 in Landau

Bislang habe ich mit meinen Recherchen für diesen Beitrag noch nicht begonnen, daher kann ich auch noch keinen richtigen Arbeitsbericht erteilen, sondern Ihnen nur sagen, welche Themen und welche Quellen ich zu untersuchen gedenke.

Die pfälzischen Pfarrer, die sich den Deutschen Christen angeschlossen haben, kannten das DC-Programm von 1932, wo es heißt: „Wir sehen in Rasse, Volkstum und Nation uns von Gott geschenkte und uns anvertraute Lebensordnungen, für deren Erhaltung zu sorgen uns Gottes Gesetz ist. Daher ist der Rassenvermischung entgegenzutreten... In der Judenmission sehen wir eine große Gefahr für unser Volkstum. Sie ist das Eingangstor fremden Blutes in unseren Volkskörper.... Wir lehnen die Judenmission in Deutschland ab, solange die Juden das Staatsbürgerrecht besitzen und damit die Gefahr der Rassenverschleierung und Bastardisierung besteht... Insbesondere ist die Eheschließung zwischen Deutschen und Juden zu verbieten.“ In Kenntnis dieses Programms hat sich etwa ein Drittel der pfälzischen Pfarrerschaft den Deutschen Christen angeschlossen.

Es muss untersucht werden, inwieweit sich markante Stationen der Judenverfolgung, angefangen vom Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien am 1. April 1933 über die Geschehnisse am 9. bzw. 10. November 1938 bis hin zur Deportation der pfälzischen Juden in das Internierungslager Gurs am 22. Oktober 1940, in der Berichterstattung der evangelischen Presse der Pfalz widerspiegeln, so wie dies beispielsweise Hannes Ziegler 1988 in seinem Beitrag „Der 1. April 1933 im Spiegel der Berichterstattung und Kommentierung der katholischen Presse in der Pfalz“ getan hat. Zu untersuchen sind vor allem die protestantischen Kirchenblätter „Union“ und „Evangelischer Kirchenbote“ (Hans Reichrath zitierte beispielsweise in seiner Diehl-Biographie einen Kommentar im Kirchenboten zum Boykott 1933).

Es wird auch darum gehen, in welcher Weise das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 und der sogenannte Arierparagraph Eingang gefunden haben in die Pfälzische Landeskirche. Bislang gibt es dazu unterschiedliche Aussagen. Wir wissen aber, dass sich einige Pfarrer weigerten, den arischen Nachweis zu erbringen. Es ist auch bekannt, dass Pfarrer Walter Mannweiler aufgrund der Befürchtung, seine Stelle zu verlieren, weil er eine jüdische Großmutter hatte, am 11. März 1934 den Landeskirchenrat um Entlassung aus dem pfälzischen Kirchendienst bat.

Eine spannende Frage ist auch, inwieweit es eine Zusammenarbeit des aus einem pfälzischen Pfarrhaus stammenden Chefs des Berliner Reichssippenamtes Kurt Mayer, Sohn des Oberkirchenrats Eugen Mayer I. und Bruder des Oberkirchenrats Eugen Mayer II., und dem Landeskirchenrat in Sachen „Ariernachweis“ gab.

Untersucht werden muss auch die Rolle, die Pfälzer Theologen bei der am 6. Mai 1939 vollzogenen Gründung des Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das kirchliche Leben des deutschen Volkes“ gespielt haben. Ausgesprochenes Ziel dieses Instituts war es, „das Jüdische auch aus seinem letzten Schlupfwinkel zu entfernen“. Zu den etwa 190 Mitarbeitern zählten nachgewiesenermaßen die pfälzischen Pfarrer Georg Biundo und Pfarrer Carl Schneider. Letzterer hat, wie Reichrath nachweist, nicht nur in der NS-Zeit „antisemitische Ungeheuerlichkeiten“ - so Reichrath - verfasst, sondern auch noch in der

Nachkriegszeit und wurde trotzdem 1961 Leiter der Evangelischen Akademie der Pfalz. Das Institut in Eisenach brachte u.a. 1940/41 ein sogenanntes „Volkstestament“ heraus, genannt „Die Botschaft Gottes“, eine Mischung aus den vier Evangelien, „bereinigt“ von „jüdischer Überfremdung“.

Was das Verhältnis protestantischer Gemeinden bzw. ihrer Pfarrer und den Juden angeht, so erhoffe ich mir Aussagen dazu beispielsweise von einer Quellengruppe, die m. E. bislang für diese Frage wenig ausgewertet wurde, die Pfarrberichte der einzelnen Kirchengemeinden, die man natürlich nur sporadisch heranziehen kann. Auswählen möchte ich dabei zum einen Gemeinden mit einer starken jüdischen Einwohnerschaft, wie z. B. Steinbach am Glan, Essingen oder Odenbach, zum anderen Gemeinden, in denen entweder kritische Pfarrer wirkten wie Johannes Bähr in Heuchelheim bzw. Mutterstadt, Heinz Wilhelmy in Thaleischweiler, Karl Kleinmann in Landau oder August Kopp in Rehborn oder wo überzeugte DCler die Pfarrstelle innehatten, wie Karl Emrich in Ludwigshafen, Hans Schmidt in Kaiserslautern, Theo Kaul in Klingenstein bzw. Mühlheim an der Eis, Friedrich Kaiser in St. Ingbert oder Wilhelm Gruber in Breisfurt. Letztere hatte sich zum Beispiel 1941 geweigert, eine mit einem Juden verheiratete christliche Frau zu beerdigen mit der Begründung sie habe „ihr deutsches Volkstum und Blut verraten“. Die Frau wurde dann von Pfarrer Ludwig Lugenbiehl, Mimbach, beerdigt. Pfarrer Johannes Bähr hingegen, der am 10. November 1938 beim Religionsunterricht gesagt hatte, dass es unrecht sei, ein Gotteshaus anzuzünden, wurde noch am gleichen Tag inhaftiert. Nach Intervention von Landesbischof Diehl wurde er zwei Tage später aus der Haft entlassen, aber mit einem mehrtägigen Ortsverweis belegt. (Prantl, S. 262f.)

Untersucht werden sollte auch, inwieweit Pfarrer der pfälzischen Landeskirche einzelnen bedrängten jüdischen oder sogenannten halb-jüdischen Menschen geholfen haben. Bekannt ist dies beispielsweise von dem Altleiningener Pfarrer Georg Hermann Kranzbühler, der dem jungen, 1920 geborenen Paul Rosenzweig, als Sohn einer jüdischen Mutter 1925 protestantisch getauft und 1933 konfirmiert, 1939 zur Emigration nach England verholfen hat, wie mir dies Reginald Pringle, wie er sich heute nennt, selbst aus England mitgeteilt hat.

Berücksichtigt werden müsste auch das kirchliche Vereinswesen. Es ist bekannt, dass Juden auch in den evangelischen Krankenpflegevereinen Mitglieder waren. In Niederkirchen bei Kaiserslautern forderte zum Beispiel die dortige NSDAP-Ortsgruppe 1936 den Protestantischen Krankenpflegeverein auf, ihre drei jüdischen Mitglieder auszuschließen, was dann auch umgehend geschah.

Das waren jetzt nur einige Aspekte, die ich für meinen Aufsatz in dem Handbuch berücksichtigen möchte. Ich bin sehr dankbar für einzelne Quellenhinweise, die ich möglicherweise auch aus diesem Kreis hier erhalten könnte.